

<http://www.egon-w-kreutzer.de/0Pad2010/23.html>

Kommentare zum Zeitgeschehen

von Egon W. Kreutzer

Pauenschlag am Donnerstag No. 24/2010 vom 17. Juni 2010

Wahre Wirtschaftskriminalität

Wikipedia definiert Wirtschaftskriminalität als Bezeichnung für Straftaten, die wirtschaftliche Bezüge aufweisen und führt als Beispiele Unterschlagung, Betrug, Falschbilanzierung, Korruption, Geldwäsche, Insiderhandel, Produktpiraterie, Industriespionage, Steuerstraftaten, Subventionsbetrug und Untreue an.

BCC (Business Crime Control), ein eingetragener Verein zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, fasst den Begriff um einiges weiter. Hier wird nicht mehr von Straftaten mit wirtschaftlichen Bezügen gesprochen, sondern der Begriff "**Kriminelle Ökonomie**" verwendet. Dabei werden die aus der "Kriminellen Ökonomie" entstehenden sozialschädlichen Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Löhne, Gehälter und Einkommen gezielt thematisiert und aufgezeigt, dass daraus wiederum die Finanznöte der Kommunen, Länder, Staaten und anderer Sozialleistungsträger resultieren. Letztlich sieht BCC einen klaren Zusammenhang zwischen den Verbrechen der "Kriminellen Ökonomie" und dem Beginn der Zerstörung der sozialstaatlichen Demokratie und unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Es war Prof. Dr. Hans See, der Vorsitzende von Business Crime Control, der den Anstoß für die hier folgenden Überlegungen gab, als er anregte, ich möge mich doch auch einmal zu der zentralen Fragestellung des BCC zu äußern:

Verursachen Wirtschaftsdelikte Wirtschaftskrisen?

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang lebhaft an den Auftritt des Wirtschaftskriminalisten Uwe Dolata, der selbst Mitglied bei BCC ist, bei Erwin Pelzig.

Hören Sie sich den Beitrag ruhig komplett an. Diese neuneinhalb Minuten sind kein Kabarett. Es ist Ernst, bitterer Ernst, wenn Dolata sagt:

"... die Lobby ist zu stark, die hat auch die Politiker im Griff, die sind praktisch nur noch Marionetten..."

(http://www.youtube.com/watch?v=Yrpg6EVlbLk&feature=player_embedded)

So eingestimmt, lässt sich die Frage, ob Wirtschaftsdelikte Wirtschaftskrisen verursachen, schon fast völlig losgelöst von der oben angeführten, doch sehr kleinkarierten Beispielwelt der Wikipedia erörtern. Am besten, wenn man beim unerwünschten Ergebnis beginnt und fragt:

Was ist das eigentlich, eine Wirtschaftskrise?

Es gibt Hysteriker, die schon von einer dramatischen Wirtschaftskrise sprechen, wenn das Wachstum einer Volkswirtschaft in einem Jahr ein Stück hinter dem

Wachstum des Vorjahres zurückbleibt. Da handelt es sich natürlich um zweckdienliche Übertreibungen, mit denen vorsorglich schwarzgemalt wird, um die Politik so früh als möglich davon abzuhalten, über Gesetze und Maßnahmen nachzudenken, die womöglich einen negativen Einfluss auf die Gewinnentwicklung haben könnten.

Versucht man jedoch, der Vokabel "Krise" einigermaßen gerecht zu werden, dann muss die Wirtschaftskrise einen sehr viel kritischeren Zustand der Wirtschaft bezeichnen, aus dem heraus die Trendwende zur Erholung gelingen muss, weil sonst der vollständige Zusammenbruch des ordentlichen Wirtschaftens droht.

Nimmt man nun an, das mit "ordentlichem Wirtschaften" ein Zustand gemeint ist, in dem die Schaffenskraft einer Bevölkerung ungehindert dafür eingesetzt werden kann, die Bedürfnisse dieser Bevölkerung zu befriedigen, dann muss einer Volkswirtschaft schon dann ein kritischer Zustand attestiert werden, wenn **gleichzeitig**

- die potentielle Arbeitsleistung der erwerbsfähigen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt in nennenswertem Maße nicht abgenommen wird, also Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung herrschen, und
- die Bedürfnisse nennenswerter Teile der Bevölkerung nur unvollständig befriedigt werden, also relative oder absolute Armut herrscht.

Das ist eine kritische Situation, aber noch keine Wirtschaftskrise. Eine Volkswirtschaft kann nämlich unter solchen kritischen Bedingungen durchaus insgesamt gute Ergebnisse erzielen, sie kann dabei wachsen und es können wachsende Unternehmensgewinne erwirtschaftet werden - Voraussetzung ist allerdings, dass der Export wächst. Die meisten Volkswirtschaften, die in dieser kritischen Situation arbeiten, haben allerdings alles daran gesetzt, genau diese Situation herzustellen, weil diese Situation die optimalen Voraussetzungen für eine gute Positionierung im internationalen Wettbewerb bietet.

Der Weg von der kritischen Situation in eine tatsächlich krisenhafte Situation ist allerdings bedenklich kurz - und er ist - als sei er von Bankstern ersonnen - mit einem kräftigen Hebel ausgestattet, der die Krise verschärft. Gerät der Export auch nur geringfügig ins Stocken, ist der Übergang aus dem kritischen Zustand in einen krisenhaften Zustand vorgezeichnet. Hat sich eine Volkswirtschaft nämlich erst einmal so eingerichtet, dass nennenswerte Teile der Bedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigt werden, ist es den Unternehmen dieser Volkswirtschaft nicht mehr möglich, die Exporteinbußen durch Umsätze im Binnenmarkt zu kompensieren. Denn dazu bedürfte es der notwendigen Kaufkraft im Binnenmarkt - und die steht schlicht nicht Verfügung. Im Gegenteil:

Durch den Wegfall von Exportaufträgen wird der Bedarf an Arbeitskräften geringer, die Lohnsummen sinken und die Binnenkaufkraft schrumpft noch unter den vorherigen Wert.

Rückgängige Exportumsätze führen zu rückläufiger Kaufkraft im Binnenmarkt und damit zu weiterem Schrumpfen der Umsätze und zu überproportionalem Schrumpfen der Gewinne.

Dieses überproportionale Schrumpfen der Gewinne ist auf den hohen Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten zurückzuführen. Hochtechnisierte Fertigungsanlagen kann man bei Umsatzrückgang nicht einfach entlassen. Deren Kosten fallen unabhängig von den produzierten Mengen an - und meist handelt es sich dabei nicht nur um Kosten, die kalkulatorisch berücksichtigt werden müssen, sondern auch um Liquiditätsabflüsse, weil Kredite, unabhängig von der Auslastung der Anlagen, stets pünktlich mit Zins und Tilgung bedient werden müssen. So droht vielen Unternehmen schon bei einem anhaltenden Rückgang der Auslastung um nur 20 Prozent nicht nur das Abrutschen in die Verlustzone, sondern auch die Insolvenz wegen Zahlungsunfähigkeit.

Ob ein Unternehmen Gewinn oder Verlust macht, hängt - wegen der Problematik hoher Kapital- (Fix-) Kosten - maßgeblich von der Kapazitätsauslastung ab. Mit 80% Auslastung wird bei vielen Unternehmen bestenfalls noch eine schwarze Null erreicht. Dies führt dazu, dass die Rendite bestehender Kapazitäten sinkt - und dass zusätzliche Kapazitäten wegen unzureichender Rendite von den Banken gar nicht mehr finanziert werden.

Das noch verfügbare Kapital flüchtet folgerichtig in Finanzanlagen und kehrt erst in die Sphäre der Realwirtschaft zurück, wenn es sich lohnt. Wann aber lohnt es sich?

Entweder, wenn es gelingt, die Herstellkosten soweit zu senken, dass die Weltmarktpreise unterboten werden können, oder wenn die Konkurrenz auf dem Weltmarkt gezwungen ist, Kostensteigerungen in den Preisen weiterzugeben.

Der Versuch, die Herstellkosten zu senken,

gelingt (wenn man "die Wirtschaft" insgesamt betrachtet und Kosten und Erträge für die Nutzung fremder Eigentumsrechte saldiert) ausschließlich über die Senkung der einzigen tatsächlich anfallenden Kosten, nämlich der Personalkosten. Das hat zwangsläufig weitere Einbußen auf dem Binnenmarkt zur Folge.

Die Möglichkeiten, die Kostensituation der Weltmarktkonkurrenz zu beeinflussen, beschränken sich im Wesentlichen auf Manipulationen der Devisenkurse und Manipulationen der Kapitalkosten (Kreditzinsen). Dass es auch Mittel und Möglichkeiten gibt, ausländische Gewerkschaften zu unterstützen und die konkurrierenden Unternehmen damit zu ungünstigen Lohnabschlüssen zu zwingen, sei nur am Rande erwähnt.

Alle Maßnahmen, einen Zustand herbeizuführen, in dem es sich für die einzelne Volkswirtschaft oder das einzelne Unternehmen "wieder lohnt", führen auf dem gleichen Weg in die gleiche Falle: Das Angebot auf dem Weltmarkt nimmt zu, während die Kaufkraft der Weltkonsumentenschaft abnimmt. Man kann durchaus als Regel postulieren:

Je größer das Volumen des Welthandels, je größer die Zahl der konkurrierenden Anbieter auf dem Weltmarkt, desto krisenanfälliger wird die Weltwirtschaft.

Der internationale Wettbewerb, der den Volkswirtschaften dieser Welt nicht zuletzt von Weltbank und Weltwährungsfonds aufgezwungen wird, dem sich auch die Wackelkandidaten der Euro-Zone jetzt wieder verstärkt stellen sollen, um sich an den Haaren ihrer Mitkonkurrenten aus dem gemeinsamen Sumpf zu ziehen, ist vollkommener Unsinn.

Im Ergebnis erreicht der internationale Wettbewerb für die Bevölkerung der untereinander in Konkurrenz stehenden Volkswirtschaften und für die Beschäftigten in den auf dem Weltmarkt konkurrierenden Unternehmen noch nicht einmal die Qualität eines Nullsummenspiels. Alle Mitspieler können nur verlieren, weil sie sich mit allen Anstrengungen, noch konkurrenzfähiger zu werden, letztlich nur selbst schaden.

Es ist wie beim Hahnenkampf. Der Halbtote, der den Gegner totgehakt und mit den scharfgeschliffenen Sporen totgetreten hat, wird, wenn er Glück hat, vielleicht noch für den nächsten Brudermord hochgepäpelt, bis er beim nächsten Kampf selbst tot auf den blutigen Sägespänen liegt.

Die Gewinner nehmen an diesem Spiel nicht aktiv teil;

die einen züchten Hähne und richten sie zum Kampf ab, die anderen sitzen auf den Rängen und schließen Wetten ab. Die Gerissensten züchten und wetten.

Hahnenkämpfe sind in den meisten zivilisierten Staaten verboten. Es heißt, es handle sich um illegales Glücksspiel, zudem seien Verstöße gegen den Tierschutz nicht auszuschließen.

Wirtschaftsexzesse mit verheerenden Wirkungen auf die Bevölkerung ganzer Staaten und halber Erdteile werden von keinem "Menschenschutzgesetz" verboten, und selbst die wüstesten Spekulationen an den Börsen und Terminmärkten fallen nicht unter den Glücksspielparagraphen.

Soviel zu den segensreichen, krisenverzögernden und krisenverstärkenden Wirkungen der Exportwirtschaft. Wie sieht es aber mit der "Kriminellen Ökonomie" in Volkswirtschaften aus, die nicht vom Export abhängen?

Leider gilt ganz grundsätzlich: Eine Volkswirtschaft mit geringem Außenhandelsvolumen, in der die potentielle Arbeitsleistung der erwerbsfähigen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt in nennenswertem Maße nicht abgenommen wird und die Bedürfnisse nennenswerter Teile der Bevölkerung nur unvollständig befriedigt werden, stellt die Grundform der kapitalistisch organisierten Volkswirtschaft dar. Aus dieser Grundform entwickeln sich zwangsläufig die reifen Formen

- exportabhängige Volkswirtschaft und
- import- und kreditabhängige Volkswirtschaft.

Die einfache Tatsache, dass die Umsätze der Wirtschaft, will sie einen Gewinn erzielen, stets höher sein müssen, als ihre Ausgaben für Löhne, Gehälter, Steuern und Abgaben, wird immer nur zur Hälfte verstanden. Es erscheint uns selbstverständlich, dass in jeder Kalkulation zwischen Kosten und Preis ein Posten namens "Gewinn" eingefügt wird, es kommt uns jedoch nie in den Sinn, dass eben dieser Gewinn in aller Regel NICHT VOLLSTÄNDIG verwendet wird, um die erzeugten Produkte zu kaufen. Es kommt uns nie in den Sinn, dass daher entweder ein Teil der Produktion in den Export gehen muss, um ihn überhaupt absetzen zu können, oder dass ein Teil der Kaufkraft durch neue Kredite erst hergestellt werden muss, um die Lücke zwischen der Kaufkraft und dem benötigten Umsatzvolumen schließen zu können.

Das Exportproblem wurde schon behandelt.

Das Kreditproblem ist etwas einfacher darzustellen:

Sobald damit begonnen wird, Umsätze per Netto-Neuverschuldung zu finanzieren, sinkt die (zukünftige) Kaufkraft durch die Belastungen aus den Krediten, während die NICHT VOLLSTÄNDIG für den Konsum ausgegebenen Gewinne um Zinseinnahmen wachsen. Die Notwendigkeit der Neuverschuldung wächst von Periode zu Periode.

Eine Wirtschaft, die feststellt, dass die von ihr erwirtschafteten und verzinslich angelegten Gewinne lediglich aus Krediten der eigenen Beschäftigten herrühren, kann sich leicht ausrechnen, dass diese Beschäftigten niemals in der Lage sein werden, ihre Schulden zu tilgen. So werden aus Produzenten vorsorglich Importeure. Denn so gelingt es, ausländische Produzenten in die Gläubigergemeinde der inländischen Konsumenten aufzunehmen und sie am Kreditrisiko maßgeblich zu beteiligen. Schließlich geht der Lieferant mit dem gesamten Warenwert ins Risiko, während der Importeur lediglich seine Handelsspanne, also den Gewinn und die unvermeidlichen Verwaltungskosten, riskiert.

So wie es die exportabhängige Volkswirtschaft in die Krise treibt, wenn der Export ins Stocken gerät, fällt die kreditabhängige Volkswirtschaft in die Krise, wenn die Kreditversorgung ins Stocken gerät. Eine Industrie, die längst nicht mehr in der Lage ist, den eigenen Bedarf abzudecken, ist in dem Augenblick, in dem die Kreditversorgung ins Stocken gerät, nicht in der Lage, den Ausfall risikoscheuer ausländischer Lieferanten auszugleichen. Der Wiederaufbau fehlender Kapazitäten kostet Monate und Jahre - und ist, wegen der herrschenden Kreditklemme, gar nicht finanzierbar.

Auch hier wird ein Hebel sichtbar, der seine verheerende Wirkung durch steigende Kosten für knappes Geld erzielt. Trotz Mangelversorgung und Massenarbeitslosigkeit ist die Wirtschaft nicht wieder in Gang zu bringen, weil die Kreditvergabe zu riskant erscheint.

Die Fragen, die Bert Brecht den Zuhälter Mac in der Dreigroschenoper stellen lässt:

"Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie?

Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?",

wurden lange Zeit nicht ernst genommen. Wer Brecht nicht abgrundtief hasste, mühte sich, ihn wenigstens milde zu belächeln, hatte sich der Kapitalismus dem Brecht'schen Kommunismus doch in jeder Disziplin als überlegen erwiesen. Das Streben nach immer höheren Gewinnen aus Produktions- und Handelsgeschäften wurde verherrlicht. Einen Haufen Geld anzusammeln, der sich, trotz extensiven Konsums, allein von den Zinsen unaufhörlich vermehrt, das geschickte Spiel an der Börse und an den Warenterminmärkten, das so manchen reich gemacht hat, wurde und wird immer noch als Zeichen von Genialität, Wagemut und echtem Unternehmertum empfunden. Der Reichtum des Reichen ist dessen lobenswertes Verdienst.

Doch mit den Milliarden-Rettungspaketen, die weltweit geschnürt werden, um in der tiefsten Wirtschaftskrise, die diese Welt je gesehen hat, noch einmal das Ruder herumzureißen, wird immer mehr Menschen klar:

Die Armut der Armen, die Zerrüttung der Staatsfinanzen, der Verfall der sozialen Sicherungssysteme sind der Preis für den Reichtum der Reichen.

Das hat den tristen Charme einer unumstößlichen Gesetzmäßigkeit.

Es bedeutet aber nicht,

dass es Arme geben muss. Es bedeutet nicht, dass Staatsfinanzen zerrüttet sein müssen. Es bedeutet nicht, dass soziale Sicherungssysteme verfallen müssen. Es bedeutet nur, dass, wer den Reichtum der Reichen ungebremst wachsen lässt, zugleich Armut, Not und Chaos wachsen lässt.

Es bedeutet aber sehr wohl,

dass eine entwickelte Gesellschaft in der Lage sein sollte, eine Balance herzustellen, bei der automatisch die Stärkung der Staatsfinanzen, die Stärkung der Sozialen Sicherungssysteme und die Unterstützung der Armen dazu führen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich wieder schließt. Es bedeutet, dass eine entwickelte Gesellschaft damit die Gefahr von Aufstand und Bürgerkrieg reduzieren und in der Folge auch im Umgang mit den bürgerlichen Freiheitsrechten weniger restriktiv verfahren kann. Würden alle Gesellschaften diesen Weg beschreiten, würden damit die Chancen der Kriegstreiber, bewaffnete Konflikte anzuzetteln, massiv sinken.

Wahre Wirtschaftskriminalität

Wahre Wirtschaftskriminalität beginnt mit der Billigung uneingeschränkt hoher Einkommen und uneingeschränkt hoher Vermögen, weil es sich um eine destruktive Entwicklung handelt, durch welche die Balance des arbeitsteiligen Wirtschaftens zwangsläufig zerstört wird.

Wahre Wirtschaftskriminalität beginnt da, wo eine korrupte "Elite" in Wirtschaft und Politik, vorgeblich um eines fragwürdigen Wachstums willen, gemeinsam die Ausbeutung der Bevölkerung betreibt.

Wahre Wirtschaftskriminalität beginnt da, wo Qualität und Sicherheit durch Werbung und bezahlte Gutachten ersetzt werden, wo auch Arbeitsbedingungen und Löhne, Steuern und Sozialleistungen aller positiven Werte entkleidet und allesamt nur noch als störende Kostenfaktoren dargestellt werden, die der Gewinnmaximierung im Wege stehen.

Wahre Wirtschaftskriminalität, wie hier beschrieben, ist jedoch legal.

Wahre Wirtschaftskriminalität ist das Privileg der ganz großen Spieler.
Wahre Wirtschaftskriminalität ist systemrelevant.

Nur die Kleinen, die sich bei Unterschlagung, Betrug, Falschbilanzierung, Korruption, Geldwäsche, Insiderhandel, Produktpiraterie, Industriespionage, Steuer-

straftaten, Subventionsbetrug und Untreue erwischen lassen, werden bisweilen strafrechtlich verfolgt.

(Nur bei den ganz Kleinen, die sich mit Maultaschen und Kassenbons abgeben, kommt die volle Härte des Gesetzes zum Tragen.)

Das "kleinkriminelle" Handeln, die "Kavaliersdelikte" der Herren im weißen Kragen, auch wenn im Einzelfall Schäden von deutlich mehr als nur ein paar hunderttausend Euro angerichtet werden, hält das System nicht auf. Und wenn es einmal einem gelingt, mit Betrug und Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäsche in die Milliardärsklasse aufzusteigen, dann verändert auch das den Lauf der Dinge nicht, es führt lediglich zu gewissen Umverteilungen innerhalb der Riege der Gewinner.

Das System "Kapitalismus"

erzeugt zwangsläufig, auch bei vollkommen legalem Handeln aller Beteiligten, zyklisch auftretende Wirtschaftskrisen. Diese Wirtschaftskrisen münden immer in der von Inflation und Hyperinflation begleiteten Umwandlung von großen Geldvermögen in große Sachvermögen. Das ist der eigentliche Zweck, des Wirtschaftens, in den Besitz möglichst vieler werthaltiger Sachen zu gelangen, sie selbst zu nutzen, vor allem aber, sie als "aggressives Eigentum" den anderen vorzuenthalten, bzw. für ihre Nutzung Tribut zu erheben (Mieten, Pachten, Zinsen, Lizenzen usw.).

Es ist die kapitalistische Spielart des Wirtschaftens, die viele Formen "ungerechtfertigter Bereicherung durch nicht leistungsadäquate Einkünfte" legalisiert und die Akteure zugleich zwingt, die Grenzen dieser Legalität auszuloten und immer wieder auch zu überschreiten. Dabei sind es nicht die Manager, die aus freien Stücken die Grenzen der Legalität austesten, es sind die Anteilseigner, die ihnen über die von ihnen bestimmten Aufsichtsräte ihre Direktiven zukommen lassen - und wehe, einer weigert sich...

Die Manager, die Vorstände und Geschäftsführer der Kapitalgesellschaften, die im Zweifelsfall vor Gericht den Kopf hinhalten müssen, profitieren von ihren zum Teil tatsächlich kriminellen Machenschaften am wenigsten. Es sind die Anteilseigner, denen der Segen zufließt, während sich die Manager mit einem Anteil im Promillebereich zufrieden geben.

Dass Business Crime Control versucht, die Trennungslinie zwischen Ökonomie und "Krimineller Ökonomie" neu zu definieren, ist jede Unterstützung wert. Je mehr Menschen sich einbringen, um in demokratischen Prozessen der "Wahren Wirtschaftskriminalität" Fesseln anzulegen, desto besser wird es uns allen gehen.

Weiterführende Links:

[Business Crime Control - ein unterstützenswerter Verein](#)

[Der Internationale Wettbewerb - Pauenschlag vom 18. Januar 2007](#)

[Fröhliches Aufsichtsraten - Pauenschlag vom 27. März 2008](#)

[Aggressives Eigentum - Wolf's Wahnwitzige Wirtschaftslehre Band IV](#)